

Selbstverwaltung und Sozialismus. Der Sozialdemokrat Carl Herz und die Revolution 1918/19 in Hamburg

Christian Hanke

»Wir dürfen nicht nur vernichten, sondern müssen auch organisieren und für das Fortbestehen einer geordneten Kommunalwirtschaft sorgen.¹«

Dr. Carl Herz am 15. November 1918 in der 9. Sitzung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats.

1. Abstract

Der folgende Beitrag lehnt sich in seinen wesentlichen Teilen an meine 2006 in Hamburg erschienene Dissertation *Selbstverwaltung und Sozialismus – Carl Herz, ein Sozialdemokrat* an. Herz wird hier als Vertreter des gemäßigten Flügels der USDP charakterisiert. Die Darstellung konzentriert sich darauf, die gemäßigte Position des USPD-Vertreters Carl Herz aufzuzeigen, indem er als prinzipientreuer und streitbarer Sozialdemokrat agierte, dessen politischer und programmatischer Schwerpunkt dem expliziten Ziel galt, Sozialismus und Demokratie miteinander in Beziehung zu setzen. Als ideales Betätigungsfeld, diese beiden Prinzipien miteinander zu verbinden, sah er die kommunale Selbstverwaltungslinie in der SPD an.

Anhand des beruflichen und politischen Werdegangs Carl Herz wird dargelegt, wie Carl Herz sich als erfolgreicher Anwalt und als einer der ersten SPD-Stadtverordneten in Altona in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Ruf als temperamentvoller Kämpfer für die Sache der ärmeren Schichten und der Arbeiterbewegung erwarb. Vor dem Ersten Weltkrieg war er einer der drei Wortführer der linken Opposition in der Hamburger SPD.

Im Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg und Altona übernahm er am 13. November 1918 die Leitung der Justizkommission. Er verhandelte noch am gleichen Tag in

1 Staatsarchiv Hamburg (StA HH), Protokolle Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) Hamburg: 9. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg v. 15.11.1918.

der Rolle des Verhandlungsführers der Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats mit Vertretern des Senats über die künftige Verteilung der politischen Macht in Hamburg.

Im Weiteren konzentriert sich die Darstellung auf die Tätigkeit von Carl Herz im Arbeiter- und Soldatenrat und auf seinen Versuch, in der Phase der Transformation die neue Verfassung demokratisch und sozialistisch auszuformen. Herz hatte darin u. a. für die Beibehaltung des Arbeiter- und Soldatenrats als »wachsames Auge der Revolution« neben Senat und Bürgerschaft plädiert.

Dies gelang in dem Maße weniger, wie SPD und Gewerkschaften zunehmend seit 1919 die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat erlangten und ihre Vorstellungen in dem Verfassungsentwurf durchsetzen konnten. Dem Entwurf von Carl Herz für eine neue Hamburgische Verfassung im März 1919 war kein Erfolg beschieden. Ein weiterer Ausblick auf seine kommunalpolitische Tätigkeit in Berlin in den 1920er Jahren, sein Exil in London und seine Emigration nach Palästina lassen die Phase der politischen Tätigkeit von Carl Herz in Altona und in Hamburg als Phase des persönlichen beruflichen Übergangs zum erfolgreichen Kommunalpolitiker in Berlin und als Verfassungstheoretiker u. a. erscheinen.

2. Der Jurist und Marxist Carl Herz: Im linken Spektrum der SPD

Dr. Carl Herz (1877-1951) war Rechtsanwalt in Altona und während der Revolutionszeit Mitglied der USPD. Er fungierte ab dem 12. November 1918 als juristischer Berater des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats und war in dieser Funktion maßgeblich an den Verhandlungen des Revolutionsgremiums mit dem Senat um die künftigen Machtverhältnisse in Hamburg beteiligt. Er wurde außerdem zum Vorsitzenden der Justizkommission gewählt, nahm an nahezu allen Sitzungen der Exekutive des Arbeiterrats teil und wurde am 31. Dezember 1918 auch formal Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats. Am 19. Januar 1919 legte er den Vorsitz der Justizkommission in Folge der Unruhen in diesen Wochen nieder, arbeitete aber weiter im Arbeiterrat mit. Im Februar und März 1919 schrieb er zwei Vorlagen zur Neuwahl der Hamburgischen Bürgerschaft, die schon Elemente einer künftigen Hamburger Verfassung beinhalteten.

Carl Herz wurde 1877 in Köthen/Anhalt als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, Inhaber eines Geschäftes für Herrenkonfektion, geboren. Nach dem Abitur studierte er Jura, wechselte an verschiedene Universitäten und ließ sich nach dem Staatsexamen 1904 im preußischen Altona an der Elbe als Rechtsanwalt nieder. Während des Studiums interessierte er sich bereits für Politik. Zunächst galt sein Interesse liberalen Denkern und Politikern des 19. Jahrhunderts wie dem Freiherrn vom Stein, Rudolf von Gneist (1816-1895) und dem Rechtshistoriker Otto von Gierke (1841-1921). Hier zeigte sich bereits sein kritischer Geist, wenn er z. B. Gierke, dessen Genossenschaftsbegriff er sich zu eigen machte, als »hohenzollerisch« bezeichnete und ihn für einen der merkwürdigsten Gelehrten der deutschen Geschichte hielt.²

2 Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Nachlass (NL) Carl Herz. Nr. 478: »Dem Andenken von Hugo Preuß« von Carl Herz, o.J. (1925).

Auf der Suche nach einem politischen Ideal, einer Idee, einem politisch überzeugenden Entwurf wandte er sich dem Sozialismus zu. Ihn begeisterte insbesondere die Demokratie, als das besondere politische Ziel des Sozialismus, eine Folge der intensiven Beschäftigung mit dem liberalen Gedankengut während seines Studiums. So vermerkte er in »Geister der Vergangenheit« über seine Hinwendung zur Sozialdemokratie: »Sie war die Hoffnung aller ehrlichen Demokraten der Welt. Gegenüber den bombastischen Reden Wilhelms II., gegenüber dem Säbelrasseln der Militärs, gegenüber der brutalen Rücksichtslosigkeit der Schwerindustrie schien hier aus der Tiefe der Gesellschaft eine Macht aufzustehen, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, den Frieden der Welt durch eine Umformung Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen zu erhalten.«³ Er traute der Sozialdemokratie sehr viel zu. Aus den Jahren 1908 und 1929 haben sich briefliche Aussagen erhalten, die zeigen, dass Herz schließlich im Marxismus, der damals die ideologische Grundlage der Sozialdemokratie bildete, die Grundlagen fand, die ihm Halt gaben auf der Suche nach »großen Idealen, die mein Gemüt erfüllten« und nach »festen Anschauungen, die meinen Verstand befriedigten.«⁴ Dieses Glück gipfelte in dem Satz: »Marx und der Marxismus sind für mich eine Erlösung aus dumpfer Verzweiflung.«⁵

Es war Karl Kautsky (1854-1938), der als Mentor den Weg von Carl Herz in den Sozialismus begleitete und ein ständig vertrauter Diskussionspartner über Jahrzehnte hinweg blieb. Getreu Kautskys Auffassung eines auf friedlichem Wege ausgefochtenen Kampfes des Proletariats um die Macht mittels Aufklärung, Agitation und Organisation mit dem Ziel einer demokratischen Republik wurde Herz innerhalb der SPD ein Parteigänger des marxistischen Zentrums, der Richtung, die unter Kautskys und August Bebels (1840-1913) Einfluss lange Zeit die Parteilinie bestimmte, um dann zwischen pragmatischem Reformismus und radikaler Linker zerrieben zu werden.

1904 trat Herz in die SPD ein, im gleichen Jahr, in dem er mit einem Partner eine Anwaltskanzlei in Altona eröffnete. Er verteidigte Angehörige der unteren Schichten, der Arbeiterschaft, von Parteimitgliedern und Mandatsträgern der Sozialdemokratie und machte sich schnell einen Namen als erfolgreicher und temperamentvoller Anwalt. Aufsehen erregte er mit dem Ruhstrat-Prozess, in dem er einen Freispruch für einen Kellner erwirkte, den der oldenburgische Staatsminister Franz Friedrich Paul Ruhstrat (1859-1935) des Meineids bezichtigt hatte. Ruhstrat war von dem Chefredakteur einer linksliberalen Oldenburgischen Zeitung des Glücksspiels im Zivilkasino zu Oldenburg bezichtigt worden. Der verantwortliche Redakteur und weitere Journalisten wurden daraufhin wegen der Beleidigung des Ministers zu teilweise empfindlichen Strafen verurteilt. Diese Urteile wurden in überregionalen Presseorganen als Justizskandal gebrandmarkt. Ein Kellner des Zivilkasinos schwor aber, den Minister beim Glücksspiel gesehen zu haben und wurde daraufhin von Ruhstrat wegen Meineids verklagt. Herz verteidigte den Kellner erfolgreich. Dieser Erfolg wurde begreiflicherweise zu einer Sensation im kaiserlichen Deutschland.

3 Herz, Carl: Geister der Vergangenheit (Maschinenschrift), Haifa 1951, S. 96.

4 IISG, NL Karl Kautsky DXII 537 und 546 vom 21.11.1908 und vom 15.10.1929.

5 Vgl. Briefe von Herz an Karl Kautsky, in: IISG, NL Karl Kautsky, DXII 537, Herz an Kautsky vom 21.11.1908.

Carl Herz wurde besonders von den Berliner Berufskollegen aus der SPD geschätzt. Karl Liebknecht (1871-1919) hätte Herz am liebsten in die Reichshauptstadt geholt, denn dort, so Liebknecht an Herz, »fehlt es an politischen Anwälten. Vor allem fehlt einer mit Temperament.«⁶

Herz jedoch lehnte mit der Begründung ab, dass er seinen Schwerpunkt auf die politische Aufbauarbeit in Altona legen wollte: »In der Kommunalpolitik ist hier noch viel zu erarbeiten.«⁷ Herz leistete in Altona eine gründliche Aufbauarbeit für die Partei, die recht spät, erst nach der Jahrhundertwende, in der Kommunalpolitik der preußischen Nachbarstadt Hamburgs das nachholte, was sie lange versäumt hatte. Im Vergleich zu Hamburg, wo 1901 immerhin der erste, 1904 dann schon weitere zwölf Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt wurden, zogen erst 1909 die ersten fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten in das Altonaer Kommunalparlament (Stadtverordnetenhaus) ein, unter ihnen Carl Herz, der zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Im Stadtverordnetenhaus brillierte Herz mit scharfen Angriffen auf die sozialen Verhältnisse und gegen die etablierten Parteien, wobei er mitunter sein ungestümes Temperament nicht zügeln konnte. Das »Altonaer Tageblatt«, eine bürgerliche Zeitung, berichtete am 30. Oktober 1913: »In der Besprechung der Angelegenheit kam es zu einer so lauten und erregten Auseinandersetzung zwischen Dr. Herz und anderen Stadtverordneten, dass die Debatte sich weit entfernte von dem, was man parlamentarischen Brauch nennt.«⁸ Der kritische Abgeordnete fiel auf. 1910 war Herz maßgeblich an der Aufdeckung von Veruntreuungen durch den Leiter der Altonaer Gaswerke beteiligt.⁹ Er gehörte zu den Förderern der Arbeiterbildung und hielt selbst abends Kurse in verschiedenen Einrichtungen der Arbeiterbewegung ab. Bildung, so seine Überzeugung, zählte zu den wesentlichen Instrumenten der Emanzipation der Arbeiterschaft.

In der Hamburger SPD kritisierte Herz die Parteiführung als revisionistisch und zu wenig radikal, er positionierte sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg neben den Sozialdemokraten Heinrich Laufenberg (1872-1932) und Fritz Wolffheim (1888-1942) als einer der drei namhaften Vertreter der linken Parteiopposition. In einem Artikel im »Hamburger Echo« übte er Kritik an der Parteipolitik der Hamburger SPD und warf ihr vor, »dass der Kampfescharakter unserer Bewegung in Hamburg an leitender Stelle nicht den ausgeprägt scharfen Ausdruck erhält, der den in Hamburg hoch gesteigerten Klassengegensätzen entspricht.«¹⁰

6 IISG, NL Carl Herz, Nr. 74/1: Liebknecht an Herz vom 10.1.1908.

7 Bundesarchiv Berlin, NL Karl Liebknecht, NY 4001/40: Herz an Liebknecht vom 14.6.1908.

8 Altonaer Tageblatt (AT) Nr. 256 vom 31.10.1913.

9 Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus, Carl Herz, ein Sozialdemokrat, Hamburg 2006, S. 61ff.

10 Hamburger Echo (HE) Nr. 159 vom 11.7.1914.

3. Revolution und Rechtsstaat: Arbeit als Mitglied der Justizkommission

Schockiert reagierte Herz auf die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. »Bin ich verrückt oder sind es die anderen?«,¹¹ fragte er sich, verwirrt über die Entscheidung der Mehrheit der Partei, die er einst als Friedensbringer gefeiert hatte. Er gehörte fortan zu der Minderheit in der SPD, die sich gegen die Burgfriedenspolitik aussprach und für den bedingungslosen Frieden eintrat. 1916/17 wurden die Anhänger dieser Gruppe aus der Partei herausgedrängt, die sich daraufhin mit der Gründung der USPD auf der Konferenz in Gotha, die vom 6. bis 8. April 1917 tagte, eine neue politische Heimat schuf. Zu dem Zeitpunkt der Institutionalisierung des Bruches war Herz nicht mehr in Altona. Er wurde im Alter von 39 Jahren im November 1916 – knapp 15 Monate nach seinen beiden oppositionellen Mitstreitern Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim – zum Militärdienst eingezogen. Der vergleichsweise späte Zeitpunkt der Maßnahme lässt darauf schließen, dass die Militärbehörden Herz als den gemäßigteren und weniger gefährlichen unter den drei Kriegsgegnern einstufen. Wegen einer Sehschwäche blieb ihm ein Fronteinsatz erspart; bis 1918 tat Herz als Schreiber bei einem Regiment in Königsberg Dienst.

Der Ausbruch der Revolution im November 1918 ließ Herz, nach eigener Darstellung, sofort politisch aktiv werden. Noch aus Tilsit schrieb er Hugo Haase (1863-1919), einem der beiden Vorsitzenden der USPD, einen acht Seiten langen Brief, von dem dieser, so Herz »sehr dankbar Gebrauch gemacht hat«.¹² Er habe außerdem, so berichtete er später, in Kiel mit den Revolutionsführern Popp und Artelt gesprochen und am 11. November in Berlin mit Hugo Haase.¹³ Alle diese Aktivitäten, auch der Brief an Haase, sind aus anderen Quellen nicht belegt. Es kann aber so geschehen sein, denn Parteigenossen und Politiker legten Wert auf sein Urteil; Herz war ein geschätzter Diskussionspartner. Seinen Äußerungen ist zu entnehmen, dass er in den Tagen zwischen dem 4. und dem 9. November nach Kiel und Berlin reiste und mit großer Euphorie den Umsturz begrüßte und hohe Bereitschaft an den Tag legte, an den umfangreichen Gestaltungsarbeiten, die der politische Umbruch besonders in Fragen des Staatsrechtes und des Kommunalrechtes erforderte, mitzuwirken. Als Staatstheoretiker und Jurist sah er die Notwendigkeit, die Revolution und ihre politischen Ziele staatsrechtlich abzusichern, um ihr – nach der Phase der gewaltsamen Übernahme der Macht – Kontinuität und Legitimität durch die Ausformung eines sozialdemokratisch geprägten Staatswesens zu geben. Insbesondere war es die kommunale Ebene, der Carl Herz, wie später zu zeigen sein wird, eine große Bedeutung zumaß. In der Gemeinde sah Herz die Grundlage

11 IISG (= Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis), NL Carl Herz, Nr. 579, Bl. 216: Text von Herz (ohne Jahr und Titel).

12 IISG, NL Carl Herz, Nr. 35, Bl. 7: Herz an Otto Kahn-Freund.

13 Lothar Popp (1887-1980) und Karl Artelt (1890-1981) waren Führer des Kieler Matrosenaufstandes im November 1918. Karl Artelt, Mitbegründer und Vorsitzender des ersten Soldatenrates in Kiel am 4. November 1918 führte in dieser Eigenschaft Verhandlungen mit Wilhelm Souchon (1864-1946), seit Oktober 1918 Chef der Marinestante und Gouverneur in Kiel. Zum Ausbruch der Revolution in Kiel und zur Rolle der leitenden Akteure der Konfliktparteien vgl. Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel 2018. S. 35-41, 58-97.

der Demokratie, die »von unten nach oben« und nicht umgekehrt aufgebaut werden müsse.

Am 12. November nahm Herz in Hamburg an der ersten Sitzung des neugewählten Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats (AuSRs) als »dauerhafter juristischer Berater« teil¹⁴, wie Heinrich Laufenberg als Vorsitzender des AuSRs ausdrücklich vermerkte. Am Tag darauf wurde Herz zum Vorsitzenden der Justizkommission dieses Gremiums gewählt – er hatte sich selbst vorgeschlagen.

Herz übte vom ersten Tag seiner Teilnahme an den Sitzungen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats einen großen Einfluss in diesem Gremium aus. So wurde die Kommission, die mit dem Senat über die künftige Machtverteilung in Hamburg verhandeln sollte, auf seinen Vorschlag hin zusammengesetzt. Seine Popularität als einer der drei Oppositionellen in der SPD vor und im Ersten Weltkrieg mag dabei genauso eine Rolle gespielt haben wie die Tatsache, dass sein ehemaliger Mitstreiter Heinrich Laufenberg zum Vorsitzenden des AuSRs gewählt worden war.¹⁵ Sein juristischer Sachverstand und sein rhetorisches Geschick ebenso wie sein mitunter aufbrausendes Temperament machten ihn, obwohl er anfangs nicht ordentliches Mitglied des Gremiums war, fast automatisch nicht nur zum Sprecher seiner Partei, sondern auch zu einem der prägenden Akteure des Arbeiter- und Soldatenrates.

In den Sitzungen nach dem 12. November beteiligte sich Herz federführend an den Verhandlungen des AuSRs mit dem Senat. Dabei erwies er sich als hartnäckiger und fachkundiger Verhandlungspartner. Der Präses des Senats, Bürgermeister Werner von Melle (1853-1937) erinnerte sich: »Nicht Dr. Laufenberg, sondern Dr. Herz erwies sich bei dieser Erörterung als unser hartnäckigster Gegner. Mit ihm vor allem mussten Senator Schäfer und ich stundenlang kämpfen, um den vom Arbeiter- und Soldatenrat verlangten, wenn auch mehr formellen Vorsitz im Senat zu beseitigen.«¹⁶ Herz und mit ihm der AuSR sah das umgekehrt: Mit dem Umsturz war die politische Herrschaft auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen und der Senat als Repräsentant der Macht des »Ancien Régime« abgesetzt und wenn ihm Befugnisse übertragen wurden, so als ausführender Verwaltungskörper und qua Legitimation durch den AuSR. Dem ersten Grundsatz von Herz, wonach in Hamburg die politische Macht seit Beginn der Revolution beim Arbeiter- und Soldatenrat lag, folgte der zweite mit einem konstruktiven Anspruch: »Wir dürfen nicht nur vernichten, sondern müssen auch organisieren und für das Fortbestehen einer geordneten Kommunalwirtschaft sorgen.«¹⁷ In diesen Punkten waren sich Herz und Laufenberg einig. So wurde der Senat zunächst seiner Herrschaft entkleidet, um Tage später als reines Verwaltungsorgan in Funktion gesetzt zu werden.¹⁸ Von Melle teilte – wie er mit seinem Ausspruch deutlich zu verstehen gab – nicht die Interpretation der Revolutionäre.

14 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 5. Sitzung des Arbeiterrats vom 12.11.1918 abends.

15 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Johanna: Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution, S.80-82.

16 StA HH, NL Conrad Borchling, 622-2/7, 25: Handschriftliche Lebenserinnerungen von Werner von Melle für den Zeitraum 1891-1929, o.J. (vor 1933 mit späteren Ergänzungen).

17 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg: 9. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg v. 15.11.1918.

18 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz: Konfliktparteien, S.85.

Die Vorstellungen, den Arbeiter- und Soldatenrat als die politische Macht anzuerkennen und gleichzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete Kommunalwirtschaft zu etablieren, teilte Carl Herz hingegen mit dem gemäßigten Flügel der USPD.¹⁹ Auch in der Debatte um den Zeitpunkt für die Wahlen zur neuen Bürgerschaft positionierte sich Herz als gemäßigter Unabhängiger. Im Gegensatz zur MSPD, setzte er sich für einen möglichst späten Wahltermin ein, um genügend Zeit zu haben, die durch die Revolution angestrebte Neuordnung durch eine Konstitution sicherzustellen. Für Herz und den gemäßigten Flügel der USPD zählte neben der Festigung der Demokratie die Sozialisierung wirtschaftlicher »Grundbetriebe« zum wesentlichen Bestandteil der »neuen Ordnung«, die der Revolution den Charakter eines wirklichen Umbruchs, eines Einschnitts, dem ein Neubeginn zu folgen hatte, verleihen sollte. Auf der gleichen Linie lag seine Argumentation für die Abschaffung der Bezeichnungen »Senat« und »Bürgerschaft«. Senat und Bürgerschaft sollten nicht mehr dem Namen nach mit dem »alten« Regime verbunden sein, darüber hinaus sollte für beide Gremien, das Parlament wie die Exekutive, ein Neuzuschnitt der Kompetenzen erfolgen und der Arbeiterrat eine herausgehobene Stellung erhalten.²⁰ Der von Herz maßgeblich mitgestaltete Verfassungsentwurf sah u.a. vor, die Bezeichnung »Senat« durch »Rat der Volkskommissare« zu ersetzen.

In dieser Konstruktion lag einer der größten Gegensätze zwischen dem gemäßigten Flügel der USPD und der MSPD. Die Strategie der MSPD zielte darauf ab, die Revolution, die sie nie gewollt hatte, mitsamt den sie repräsentierenden Räten möglichst schnell zu beseitigen und stattdessen die parlamentarische Republik zu etablieren. Dies war auch der Grund, warum die Wahlen zur Bürgerschaft möglichst früh angesetzt wurden.

4. Carl Herz und die Rechtsstaatlichkeit

Die Verbindung von politischem Idealismus mit juristisch fundiertem Ordnungssinn, die den Arbeitsstil von Carl Herz auszeichnete, findet sich in seinem Entwurf einer Institutionalisierung des AuSRs in einem durch Gesetze und Verordnungen rechtlich abgesicherten Regelwerk wieder. Spontane Aktionen und willkürliches Handeln, die die Revolution in der ersten Phase geprägt hatten, sollten geordnetem Regieren und Verwalten weichen, ohne die Ziele der Revolution außer Acht zu lassen. So wie sich Herz am 18. November 1918 für die Beibehaltung des Senats als Verwaltungsorgan und damit als Behörde mit regulativen Kompetenzen zur (Fort)Führung der Verwaltungsaufgaben eingesetzt hatte, so warnte er in anderen Zusammenhängen vor der vorschnellen Entlassung erfahrener Juristen und damit auf den Verzicht verwaltungsjuristischen Sachverständes. Ganz entschieden verwahrte sich Herz auch dagegen, den formellen

19 Auch innerhalb der SPD-Opposition rechnete man ihn zur »Haase-Ledebour-Gruppe«, die beiden späteren USPD-Vorsitzenden, die für die Transformation das Modell einer parlamentarischen Demokratie unterstützten.

20 Damit waren Senat und Bürgerschaft als leitende politische Institutionen abgeschafft. In seinem Verfassungsentwurf 1919 plädierte Herz für den Begriff Rat der Volkskommissare statt Senat.

Ablauf von Sitzungen durch das plötzliche Erscheinen von Deputationen oder Abordnungen von Gruppen unterbrechen zu lassen. Als Jurist zog er formal korrekt ablaufende Sitzungen solchen Sitzungen vor, die in spontanes Regierungshandeln überzugehen drohten, wenn Deputationen unangemeldet den Sitzungssaal betraten und eine schnelle Entscheidung zu einer Problemlage herbeizuführen wünschten. So empörte er sich am 31. Dezember 1918 in der 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats über eine Deputation von Seeleuten, welche die Sitzung unterbrach:

Das geht nicht so weiter, dass man uns Deputationen schickt und einfach von uns verlangt, wir sollen nun innerhalb [der Sitzung – Zusatz Vf.] schlüssig werden, ob wir die Forderungen garantieren wollen oder nicht. Ich lasse mir das nicht mehr gefallen, es ist das eine Ungehörigkeit, die wir nicht durch Nachgeben unterstützen dürfen. Wir können nur die Erklärung abgeben, dass wir bereit sind, die Sache zu untersuchen [...].²¹

Im gleichen Sinne wollte Herz die regionale Zuständigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg und Umgebung rechtlich den Befugnissen einer Kommunalbehörde gleichzustellen. Die Entwürfe legte Herz in der 29. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 18. Dezember 1918 als »Richtlinien für die örtliche Zuständigkeit des hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrats« als Inhaber der politischen Gewalt vor. Der hamburgische AuSR sah sich hier als übergeordnetes Gremium sowohl den örtlichen Räten innerhalb Hamburgs als auch gegenüber den Räten in den umliegenden preußischen Gebieten. Andererseits sah er sich auch als Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien, wenn Vertreter von Organisationen oder Truppenteile aus diesem Gebiet Mitglied im AuSR waren. Eingriffe in staatliche Verwaltungstätigkeiten sollten dem Hamburger Rat allerdings nicht gestattet sein. Mit örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten in der Umgebung Hamburgs wollte der Hamburger Rat gleichberechtigt zusammenarbeiten, insbesondere in Angelegenheiten, die sich aus der »wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit« ergaben. In preußischen Vororten, in denen keine Arbeiter- und Soldatenräte bestanden, plante der Rat eine Kontrollfunktion durch Beigeordnete auszuüben, die aus seiner Mitte gewählt wurden.

Hier noch Kompetenzen und Zuständigkeiten angesichts möglicher Überschneidungen von Kontrolle und Verwaltungsaufgaben auszuloten und die Kompetenzen des Arbeiter- und Soldatenrats rechtlich abzusichern, blieb angesichts der sich zuspitzenden Ereignisse im Januar 1919 keine Zeit mehr.²² Ausgelöst durch den sich verstärkenden Konflikt zwischen MSPD und USPD nach den Weihnachtsunruhen in Berlin, verschärfte sich auch in Hamburg das Klima zwischen MSPD und Gewerkschaften auf der einen und USPD sowie der in der Silvesternacht gegründeten KPD, in die die Hamburger Linksradiكالen eingetreten waren, auf der anderen Seite.²³ Am Neujahrstag riefen SPD und USPD ihre Anhänger getrennt zu jeweils großen Demonstrationen auf, die eine aggressive Stimmung gegen die jeweilige andere Gruppe erzeugten und die Spaltung unter ihnen verstärkten.

21 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 35. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.12.1918.

22 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Konfliktparteien, S. 87–89.

23 Ebd.

Herz positionierte sich klar auf der Seite seiner Partei und der Linksradikalen. In den Sitzungen des AuSR kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln. Herz warf der MSPD am 2. Januar 1919 in der Sitzung des AR vor, »die Dinge auf die Spitze zu treiben«.²⁴ Auf diese Provokation reagierte der Hamburger MSPD-Abgeordnete Karl Hense (1871-1976), indem er seinem Ärger über die juristischen Regelwerke und die häufig in unverständlicher Fachsprache und besserwisserischer Attitüde vorgetragenen Ausführungen von Herz Luft machte: »Ihre Advokatenknüppel können Sie uns hier nicht zwischen die Beine werfen«.²⁵ In derselben Sitzung vom 2. Januar, in der erhitzt über die Neujahrsdemonstrationen gestritten wurde, gelang es Herz allerdings auch, die Gemüter wieder zu beruhigen. Er forderte seine Kollegen dazu auf, »sachlich weiter zu beraten«.²⁶

Am 31. Dezember 1918 war Herz als Nachfolger des krankheitsbedingt ausgeschiedenen Mitbegründers der Hamburger USPD, Paul Dittmann, offiziell zum Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats ernannt worden. Er erwies sich in den folgenden Wochen als ausdrücklicher Befürworter der Revolution, zu einer Zeit, in welcher der Arbeiter- und Soldatenrat immer stärker unter den Einfluss von MSPD und Gewerkschaften geriet. Auch Herz wurde bei den Unruhen am 11. Januar 1919, in deren Verlauf Heinrich Laufenberg von Sicherheitsmannschaften des Soldatenrats kurzzeitig in Haft genommen wurde, mit der Waffe bedroht; außerdem wurde er, der Vorsitzende der Justizkommission, vom jetzt mehrheitlich von MSPD-Anhängern bestimmten Soldatenrat nicht über eine Reihe weitgehend willkürlicher Verhaftungen informiert. »Wir haben die Diktatur des Soldatenrats«, sagte Herz unter diesem Eindruck in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 17. Januar, ein Eindruck, den er sorgenvoll als »Durcheinanderregieren« beschrieb und in ihm die Befürchtung eines unmittelbar bevorstehenden Umsturzes hervorrief. So deutete er die Verhaftung Laufenberg's als einen Putschversuch der neuen »Ordnungskräfte« der MSPD, um umgekehrt den Arbeiterratsvorsitzenden seinerseits als »weit entfernt von jeder Putschpolitik« zu verteidigen.²⁷ Resigniert angesichts dieser konfliktuellen Zuspitzung trat Herz am 19. Januar als Vorsitzender der Justizkommission an dem Tag zurück, an dem auch Laufenberg den Vorsitz des Arbeiterrats niederlegte. In seiner Rücktrittserklärung vom 20. Januar wies Herz seinerseits vehement den erneuten Vorwurf eines Putsches, der angeblich von der USPD, den Radikalen und den Kommunisten geplant gewesen sei, zurück. Herz kritisierte umgekehrt die polarisierte Stimmung gegen den vermeintlichen »bolschewistischen« Aufstand und das Auftreten von Sicherheitsmannschaften, die überall Spartakisten, Bolschewisten und Putschisten vermutet und willkürlich Verhaftungen vorgenommen hätten. In diesem Zusammenhang äußerte Herz einen Vorwurf, der auf den Grundkonflikt zwischen MSPD und USPD verweist. Der wahre Grund dafür, dass er als Vorsitzender der Justizkommission nicht informiert worden sei, so Herz, sei der eingetretene tiefe Dissens in den politischen Grundausrichtungen der sozialistischen fragmentierten Bewegung:

24 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 36. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 2.1.1919.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 46. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 17.1.1919.

»Die Ausschaltung der Justizkommission erfolgt[e] nur deshalb, weil meine politischen Ansichten einer Anzahl von Mitgliedern der Kommission nicht zusagten.«²⁸

Mit Entsetzen verfolgte Herz die weitere Ausschaltung des Arbeiter- und Soldatenrats durch die MSPD. Der Tiefpunkt schien erreicht, als nicht ein Mitglied des Rates, sondern das Senatsmitglied Bruno Louis Schäfer (1860-1945) als offizieller Vertreter Hamburgs Ende Januar zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen wurde, die über den Entwurf der zukünftigen Verfassung von Hugo Preuß (1860-1925) beraten sollte. Herz stellte am 31. Januar im Arbeiter- und Soldatenrat resignierend fest: »Die politische Leitung ist uns jetzt entzogen worden, und zwar mit Hilfe der Regierung Ebert-Scheidemann. Wir sind also so weit gekommen, dass die Regierung Ebert-Scheidemann den reaktionären Senat gegen den Arbeiter- und Soldatenrat unterstützt.«²⁹

Als Anhänger der Revolution, als umsichtiger Realist und Jurist zeigte sich Herz bei der Reichsexekution gegen die Bremer Räterepublik Anfang Februar 1919. Der Rat der Volksbeauftragten, die provisorische deutsche Regierung in Berlin, schickte Ende Januar die Division Gerstenberg nach Bremen, um die dortige Räterepublik zu beenden, obwohl diese sich zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu selbst aufgelöst hatte.³⁰ In Hamburg wurde dieses Vorgehen von allen drei sozialistischen Parteien mit Empörung aufgenommen, weshalb erwogen wurde, die Bremer Räte militärisch zu unterstützen. Herz konnte sich einerseits in der Ablehnung der Reichsexekution nicht mäßigen – »Noske ist ein Lump«, betitelte er im Arbeiter- und Soldatenrat den MSPD-Reichswehrminister – und räsionierte andererseits nach dem Einmarsch der Division Gerstenberg in Bremen ahnungsvoll über die erstarkenden Militärs: »Gibt man dem alten Militarismus nur den kleinen Finger, dann nimmt er bald die ganze Hand. Die alten Generäle sind viel klüger als wir das annehmen.«³¹ In den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats forderte er Solidarität mit den Bremer Räten, schlug vor, eine Delegation aus Hamburg nach Bremen zu schicken, um zu vermitteln, warnte aber vor der Bewaffnung von Zivilisten zur Unterstützung der Bremer Räte.

5. Verbindung von Sozialismus und Demokratie: Neue Rollenzuschnitte in der Gewaltenteilung

Ganz in seinem Element war Herz bei der Vorlage von Bestimmungen für die ersten Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft nach dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht, die am 16. März 1919 stattfinden sollten. Herz legte am 31. Januar seinen Entwurf für die neue Hamburger Verfassung im Arbeiter- und Soldatenrat vor. Dieser

28 Paul Neumann: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats, Hamburg 1919, S. 69-70.

29 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 53. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.1.1919.

30 Zur Niederschlagung der Räterepublik in Bremen vgl. Kuckuck, Peter/Schröder, Ulrich: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 2017 (2. Überarbeitete und erweiterte Auflage), S. 287-302.

31 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 4.2.1919.

beinhaltete eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses der politischen Gewalten zueinander. Der AuSR sollte nach diesem Entwurf über die von einer neu gewählten Hamburgischen Bürgerschaft erarbeitete Verfassung als letzte Instanz entscheiden. Damit, so Herz sollte die »Revolution [...] zwischen dem, was gestern war, und dem, was heute ist, einen dicken Strich machen.«³² Herz plädierte außerdem für eine strikte Trennung von Legislative und Exekutive. Demnach hatte nur die Bürgerschaft das Recht, Gesetze zu beschließen. Die Regierung, die bei ihm statt Senat »Rat der Volkskommissare« hieß, war allein für die Exekutive zuständig. Die Mitglieder dieses Rates konnten von der Bürgerschaft jederzeit abgewählt werden.

Über die Annahme dieses Entwurfs entspann sich eine lange Debatte. Der Gegenentwurf des MSPD-Mitglieds und Mitglieds des AuSRs, Georg Blume (1849-1921), bezog sich vornehmlich auf Bestimmungen zur Wahlberechtigung und zum Ablauf der Wahl. Der letzte Paragraph des Entwurfes von Blume enthielt jedoch eine Formulierung, die als Vorbehalt der MSPD gegenüber der bisherigen Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates zum Umbau des Staates verstanden werden konnte. Er lautete: »Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft.«³³ In seiner Kritik an diesem Entwurf vermutete Herz, dass mit dem Inkrafttreten dieser Regelung alle Bestimmungen des Arbeiter- und Soldatenrats außer Kraft gesetzt würden, darunter auch sein eigener Entwurf, der sehr viel weiter reichte und bereits eine Definition des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen den Verfassungsorganen vorgelegt hatte. Blume hingegen vertrat zusammen mit der MSPD die Ansicht, dass die Regelung der politischen Gewalten zueinander erst in der von der Bürgerschaft zu erarbeitenden Verfassung niedergelegt werden sollte.³⁴

Erwartungsgemäß fand der weitreichende Entwurf von Herz keine Mehrheit im AuSR, nachdem im Januar die MSPD eine deutliche Mehrheit vor USPD und Linksradikalen in den Neuwahlen zum AuSR erhalten hatte. Der Entwurf von Herz wurde der neu zu wählenden Bürgerschaft zwar als Grundlage zur Abstimmung über ein Notgesetz vorgelegt, das bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung gelten sollte. Doch sowohl im Arbeiter- und Soldatenrat als auch in der am 16. März neu gewählten Bürgerschaft verfügte die MSPD über so deutliche Mehrheiten, dass die Aufnahme eines besonderen Passus zum Arbeiter- und Soldatenrat in die Verfassung konzeptionell keine Rolle mehr spielte. Der Vorstellung von Herz von einem Rat als oberster politischer Instanz, quasi als wachsames Auge der Revolution, folgte die neu gewählte Bürgerschaft nicht. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte damit seine Funktionen in Regierung und Verwaltung verloren. Schon am 17. Februar hatte Herz in der 65. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats ein ernüchterndes Fazit über das Revolutionsorgan gezogen: »Wir beherrschen nicht den Verwaltungsapparat, sondern er beherrscht uns. Wir sind doch ein absterbendes Organ.«³⁵

Auch in der angespannten politischen Lage der ersten Wochen des Jahres 1919, in denen Herz sich aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Berlin und Bre-

32 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 53. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.1.1919.

33 Ebd., S. 82.

34 Vgl. die Position von Herz bei Neumann: Arbeiter- und Soldatenrat, S. 77-82.

35 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 65. Sitzung des Arbeiters Hamburg vom 17.2.1919.

men deutlich auf Seiten der Radikalen, KPD und USPD positioniert hatte, blieb das Modell der parlamentarischen Republik noch stets eine Richtgröße, die Carl Herz mit der Mehrheitsfraktion der Arbeiterparteien teilte. Im Januar 1919 besuchte Herz seinen Mentor in staatsrechtlichen Fragen, den linksliberalen Verfassungsrechtler Hugo Preuß, damals Innenminister der provisorischen Reichsregierung, in Berlin und diskutierte mit ihm dessen Verfassungsentwurf. Preuß war wie er selbst in seiner vorsozialistischen Zeit stark von den Ideen eines Freiherrn von Stein, Rudolf von Gneist und Otto von Gierke geprägt. Nach Preuß sollte der Staat nach dem Prinzip der Selbstverwaltung »von unten nach oben« aufzubauen sein und die Struktur des Aufbaus dem genossenschaftlichen Prinzip Gierkes entsprechen. Darüber hinaus hegte Preuß große Sympathien für die grundlegenden Konzepte des englischen Staatsverständnisses, die auf der Auffassung der Identität von Volk und Staat beruhten. Diese betrachtete den Staat als das »rechtlich organisierte[n] Volk« und lehnte damit den Begriff der Souveränität als Staatsprinzip ab. Damit rückte Preuß von der Vorstellung ab, dass der Staat souverän über dem Volk schwebt und nicht von diesem abhängig sei.³⁶ Herz schloss sich dieser Vorstellung einer volksgebundenen Demokratie an, an der Seite eines »der wenigen nicht nur kenntnisreichen, sondern auch konsequenten bürgerlichen Demokraten«³⁷, wie Herz seinen Mentor nannte. Er bewunderte in dem liberalen Juristen überdies »den hervorragenden Verwaltungspolitiker, [...] der die Staatspolitik der Arbeiterbewegung mit dem Ideenkomplex der modernen Demokratie in organische Verbindung bringt.«³⁸ Wie Preuß zeigte sich Herz nach der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs am 20. Januar 1919 enttäuscht darüber, dass der verabschiedete Entwurf die von Preuß vorgesehene Neugliederung der Länder in etwa gleich große Gebiete nicht mehr vorsah.

6. Mitglied des gemäßigten Flügels: Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel der USPD in Hamburg

Mit der Wahl der neuen Hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919 und der damit verbundenen Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats war das Wirken von Carl Herz in den Revolutionsmonaten noch nicht beendet. Seit dem 3. März saß er bereits wieder als Abgeordneter im Altonaer Stadtverordnetenhaus. Wichtiger für seine politische Positionierung in dieser Zeit aber waren die Auseinandersetzungen in seiner eigenen Partei, der USPD. Im Frühjahr 1919 brachen mit großer Heftigkeit ausgetragene Flügelkämpfe in der Unabhängigen Sozialdemokratie in Hamburg aus, die ihre Ursache in der Spaltung der Mitglieder in Anhänger der parlamentarisch-demokratischen Republik zum einen und des Räteystems zum anderen fand. Für Herz entzündete sich der

36 Zur Frage des Verhältnisses von AuSR und Volk war Herz der Ansicht, dass der AuSR sich durch die Revolution legitimiert sei; diese sollte zunächst die Voraussetzungen für den demokratischen Staat schaffen, in dem das gesamte Volk mitbestimmen konnte. Herz war der Auffassung, dass man dem Volk erst zeigen müsse, was ein sozialistischer Staat sei, bevor allgemeine Wahlen zum Parlament stattfinden könnten.

37 USPD: Protokolle über die Verhandlungen des Parteitage in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, S. 167, in: Protokolle der USPD-Parteitage, Bd. 4, Glashütten im Taunus 1976.

38 IISG, NL Carl Herz, Nr. 478: »Dem Andenken von Hugo Preuß« von Herz, Carl: o.J. (1925).

Konflikt an der Bewertung des Verhaltens der Hamburger Arbeiterparteien zum Sturz der Bremer Räterepublik. In der Hamburger Volkszeitung, dem Parteiorgan der Hamburger USPD, widersprach Herz dem Schatzmeister der Partei, Walter Rühl, der dem radikalen Flügel der Partei angehörte.³⁹ Rühl hatte in einem Artikel der Volkszeitung ausgeführt, der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat habe den Sturz der Bremer Räterepublik durch unterbliebene Hilfeleistungen mitverschuldet. Herz bezeichnete die Bremer Räterepublik dabei als »törichtes Experiment« und Bewaffnungsmaßnahmen zur Hilfe der Bremer als »nicht glücklich«.⁴⁰ Darauf polemisierte Rühl in einem weiteren Artikel gegen Herz. Die beiden USPD-Mitglieder standen sich wie die Vertreter unterschiedlicher Parteien gegenüber.

Der Gegensatz der beiden Flügel der USPD wurde auch auf einem außerordentlichen Parteitag der USPD vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin deutlich, zu dem die Hamburger bezeichnenderweise je zwei Vertreter der beiden Flügel der Partei geschickt hatten. Herz, der als einer der beiden gemäßigten Vertreter der Hamburger USPD nach Berlin reiste, fand mit seinen Ausführungen zu künftigen Aufgabenbereichen der Arbeiterräte und zur Demokratisierung der Verwaltung zwar den Beifall führender Vertreter der gemäßigten Seite wie Hugo Haase, Karl Kautsky oder Rudolf Hilferding (1877-1941), wurde aber von den meisten Teilnehmern, so Herz im Rückblick, »nicht verstanden«. Zurück in Hamburg gestand er seiner Frau: »Ich bin in eine falsche Partei hineingeraten.«⁴¹

In Hamburg hatte der radikale Flügel der USPD nach den teilweise gewalttätigen Unruhen in den ersten Wochen des Jahres 1919 starken Zulauf erhalten. Wirtschaftliche Gründe, Entlassungen, insbesondere auf den Werften, spielten dabei in Hamburg eine entscheidende Rolle. Unter den Werftarbeiten hatte die USPD seit ihrer Gründung starken Zulauf. Die Anzahl der Mitglieder der Hamburger USPD stieg von rund 500 vor der Revolution auf 16.000 Mitte März 1919. Die meisten dieser Mitglieder, sehr oft ungelernete Arbeiter, waren gewerkschaftlich nicht organisiert, da sie MSPD und Gewerkschaften als etabliert, wenn nicht gar reaktionär, ablehnten. Die meisten der nun neuen USPD-Mitglieder im Frühjahr 1919 unterstützten den radikalen Flügel und konnten aufgrund einer dezentralen und die Basis betonenden Struktur der USPD ohne großen Zeitverzug wählen und gewählt werden, anders als dies in der MSPD der Fall war. So radikalisierte sich die USPD in Hamburg in den ersten Monaten 1919 relativ schnell.

Das Klima war offenbar so aufgepeitscht, dass Carl Herz am 22. März 1919 in der »Hamburger Volkszeitung« vor Gewaltverherrlichung warnte: »Der Kultus der imperialistischen Gewalt wird abgelöst durch den Kultus der revolutionären Gewalt.«⁴² Am 4. April sah sich Herz bereits »Am Scheideweg«.⁴³ So hatte er einen weiteren Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« überschrieben. Darin bekannte er sich klar zur parlamentarischen Demokratie und erteilte der Diktatur des Proletariats eine Absage. Die ausschließliche Herrschaft der Arbeiterklasse ohne Berücksichtigung anderer sozialer Gruppen bezeichnete er als »kindischen Gedanken der Kommunisten«. Keine Gruppe

39 Die Lebensdaten zu Walther Rühl konnten nicht ermittelt werden.

40 Hamburger Volkszeitung (HVZ) Nr. 51 vom 1.3.1919.

41 IISG, NL Carl Herz, Nr. 35, Bl. 7: Herz an Kahn-Freund (1941).

42 HVZ Nr. 69 vom 22.3.1919. Die folgenden Zitate ebd.

43 Zitat wie Anm. 44.

der Gesellschaft dürfe von der Meinungsäußerung ausgeschlossen werden. Er drückte seine Überzeugung durch ein Bekenntnis zu Kautsky und Hilferding aus: »Kautsky und Hilferding sind mir lieber als Lenin und Trotzki.« Er beschloss diesen Artikel kämpferisch mit einer für die Situation seiner Partei bezeichnenden Bemerkung: Man müsse »den Mut haben zum Kampf gegen die bolschewistische Theorie.«⁴⁴ Damit wagte man sich im April 1919 auch innerhalb der USPD bereits weit vor.

Drei Tage später warnte der Sprecher des radikalen Flügels, Ernst Thälmann (1886-1944), in der »Hamburger Volkszeitung«, »dass sich einzelne Führer hemmend in den Weg stellen.«⁴⁵ In der ungarischen Räterepublik sei man dazu übergegangen, derartige Führer »beiseite zu schaffen.«⁴⁶ Diese Drohung konnte Herz sicherlich auf sich beziehen. Neben ihm äußerte sich zu diesem Zeitpunkt nur noch Siegfried Nestriepke (1885-1963), der Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung«, öffentlich im Sinne des kaum noch hörbaren gemäßigten Flügels der Partei. Herz ließ sich jedoch den Mund nicht verbieten, sondern fasste den Zustand der Arbeiterparteien in einem weiteren Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« am 23. April unerschrocken, aber resignierend zusammen. Dabei scheute er nicht davor zurück, auch die MSPD dafür verantwortlich zu machen, dass »die Gewalt unser öffentliches Leben vergiftet hat«, indem »sie den Militarismus wieder ins Leben gerufen« habe. Nun habe das deutsche Volk nur noch die Wahl »zwischen Hindenburg und Spartakus«.⁴⁷

Über die zwei Richtungen der Arbeiterbewegung schrieb er: »Die eine Richtung folgt einer auf die unmittelbaren Tagesbedürfnisse eingestellten, von jedem Idealismus losgelösten Augenblickspolitik, und verfällt damit der Geschäftsroutine einer geist- und seelenlosen Bürokratie. Die andere Richtung verliert den Boden unter den Füßen, begnügt sich mit irgendwelchen Schlagworten, entsagt der praktischen Arbeit und huldigt im blinden Dahinrinnen einer ganz sinnlosen Freude am Zerstören auch der letzten Wirtschaftsgrundlage.«⁴⁸ Rettung sah Herz nur, »wenn sich ehrliche Tagesarbeit wieder mit sozialistischem Idealismus verbindet.«⁴⁹ Nachdem Ernst Thälmann am 11. Mai zum ersten Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe der USPD gewählt worden war, sah Herz für sich keinen Platz mehr in der Hamburger USPD. In einem letzten Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« vom 23. Mai distanzierte er sich von der Politik der neuen Führung der Hamburger Ortsgruppe: »Unter dem Druck des stärkeren linken Flügels zeigt diese Politik die Tendenz ins kommunistische Fahrwasser einzulenken«. Die Politik der KPD aber sei falsch und »ein Unglück für Deutschland.«⁵⁰

Im Altonaer Stadtverordnetenhaus war Herz noch bis zum 23. Oktober 1919 Mitglied, nahm aber aus Krankheitsgründen schon seit dem 4. Juli nicht mehr an den Sitzungen teil. Eine »schwere Nervenkrise«⁵¹ zwang ihn zur Aufgabe aller politischen Tätigkeiten. Die Krankheit sei, so ließ er durch seine Frau am 10. Oktober an Karl Kautsky

44 HVZ Nr. 80 vom 4.4.1919. Ebd. die vorausgegangenen Zitate.

45 HVZ Nr. 82 v. 7.4.1919.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Zitat wie Anm. 45.

49 HVZ Nr. 94 vom 23.4.1919.

50 HVZ Nr. 119 vom 23.5.1919.

51 Wie Anm. 52.

schreiben, »durch Überanstrengung in der Revolutionszeit, durch die Enttäuschungen über den Verlauf der Revolution und durch den Kummer über die unglückliche Entwicklung der U.S.P.« hervorgerufen worden.⁵² Herz' politische Positionierungen in den letzten Monaten vor seiner Krankheit stießen nun sogar in der MSPD auf positive Resonanz. Im »Hamburger Echo« war am 24. Oktober 1919 in einem Artikel über Herz anlässlich seines Ausscheidens aus der Altonaer Stadtverordnetenversammlung zu lesen, Herz habe in letzter Zeit »in allen Fragen eine gesunde Ansicht entwickelt«. Es wurde außerdem betont, dass er »wertvolle juristische Kenntnisse« besäße und über ein »umfassendes kommunalpolitisches Wissen« verfüge.⁵³ Damit endete die politische Laufbahn von Carl Herz in Hamburg und Altona.

7. Carl Herz, Kommunalpolitiker in Berlin und Parteitheoretiker in der SPD (1921-1933)

Nachdem Carl Herz sein Nervenleiden auskuriert hatte, öffnete sich ihm eine neue und bemerkenswerte politische Karriere als Kommunalpolitiker und Parteitheoretiker in der SPD. Zu seiner großen Überraschung nominierte ihn die USPD von Berlin-Spandau 1921 im Einvernehmen mit der dort sehr linken MSPD-Fraktion als Kandidaten für den stellvertretenden Bezirksamtsleiter. Offenbar war sein Ruf als erfahrener und kämpferischer Kommunalpolitiker auf den Feldern der Sozial- und Gesundheitspolitik bis nach Berlin gedrungen. Herz wurde gewählt und es begann eine bis 1933 währende Laufbahn als Kommunalpolitiker in Berlin. 1926 wurde er zum ersten Bezirksamtsleiter des Bezirks Kreuzberg gewählt. Die Jahre dort bis 1933 zählten zu den erfolgreichsten und beruflich produktivsten Jahren seiner politischen Laufbahn. Während Carl Herz in Spandau als von außen Hinzukommender unter den dort ansässigen Kollegen nicht die erwünschte Akzeptanz fand, auch nicht in der SPD, in die er 1922 wieder eingetreten war, konnte er sich in Kreuzberg als Wohlfahrts- und Gesundheitspolitiker einen Namen machen.

In den Berliner Jahren war er als Parteitheoretiker und Vertreter der Selbstverwaltungslinie in der SPD, ebenso als Verfasser von programmatischen Texten oder Teilprogrammen gefragt. 1921 entwickelte er ein Kommunalprogramm für die USPD, 1924 ein Verwaltungsprogramm für die SPD und 1925 arbeitete er die Kapitel »Verfassung« und »Verwaltung« für das Heidelberger Programm der SPD aus. In den folgenden Jahren schrieb Herz für viele Zeitungen und Zeitschriften zu verschiedenen Themen; darunter zahlreiche, die sein wesentliches Anliegen, den Aufbau des demokratischen Staates auf der Grundlage der Selbstverwaltung, betrafen. Sein Hauptinteresse galt dem »dezentralisierten Einheitsstaat«, ein Begriff, den er von Hugo Preuß übernommen hatte. Herz bedauerte es sehr, dass die führenden Politiker der SPD wenig Interesse für seine Vorstellungen zeigten, auch wenn sie den Begriff Selbstverwaltung immer wieder im Munde führten. Sie richteten, so seine Kritik, ihr Augenmerk eher auf die Eroberung der Spitze der politischen Macht und versuchten die Demokratie von oben nach

52 IISG, NL Karl Kautsky, D XII 541: Herz an Kautsky vom 10.10.1919.

53 HE Nr. 492 vom 24.10.1919.

unten und nicht, wie Herz es nicht müde wurde, aufzuzeigen, von unten nach oben aufzubauen. Diese seine Auffassung von Demokratie legte er 1927 in der Schrift »Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie« nieder.

Die wohl bedeutendste Aufgabe wurde ihm 1930 von seiner Partei übertragen: einen Gegenentwurf gegen die Vorstellung des preußischen Innenministers Albert Grzesinsk (1879-1948), auch SPD, zu einer neuen Verfassung für die Stadt Berlin vorzulegen. Die Berliner SPD war mit dem Entwurf des Innenministers, der dem Amt des Oberbürgermeisters eine starke Stellung zuwies, nicht einverstanden. Der an dem Prinzip der Selbstverwaltung orientierter Entwurf von Carl Herz stieß in den eigenen Reihen ebenfalls nicht auf die nötige Akzeptanz. Es kam schließlich zu einem Kompromiss, mit dem eigentlich niemand zufrieden war.

Am 10. März 1933 wurde Herz von einem SA-Sturm aus dem Kreuzberger Bezirksamt vertrieben und entging vermutlich nur durch das beherzte Eingreifen eines republiktreuen Polizeibeamten einem schlimmen Schicksal. Er blieb trotzdem in Berlin, protestierte sogar gegen seine Amtsenthebung, für die er in den Augen der Nationalsozialisten als Jude und als linker Sozialdemokrat zweifach »prädestiniert« war.

8. Exil in London (1939) und Emigration nach Palästina (1946-1951)

Erst im Frühjahr 1939 emigrierte er nach London, wo er und seine Frau Aufnahme bei der Schwester seiner Frau, die mit einem geadelten Literaturprofessor verheiratet war, fanden. Herz, der sich aufgrund seiner geringen Sprachkenntnisse des Englischen im Londoner Exil stets fremd fühlte, betätigte sich sehr intensiv politisch in der Exil-SPD, deren Vorstand in London untergekommen war. Bald brachen unter den Emigranten der SPD altbekannte Konflikte auf. Herz folgte einer Linie, die sich stark an alten USPD-Positionen links von der Position des Exil-Vorstands orientierte. Die Positionen von Exil-Vorstand und der links von ihm stehenden Geyer-Loeb-Gruppe, zu der Herz zählte, prallten in der Beurteilung der Situation der Arbeiterklasse in Nazi-Deutschland und in der Frage, inwieweit die SPD den Aufstieg Hitlers und der NSDAP mit verschuldet habe, unversöhnlich aufeinander.

Herz legte 1942 in London seine Ansichten zur deutsch-preußischen Geschichte in der kurzen Schrift »The Straight Line« nieder. Darin zog er eine gerade Linie von dem preußischen König Friedrich II. bis zu Hitler. Er erweiterte diese Schrift später zu einem nicht mehr fertiggestellten Buch mit dem Arbeitstitel »Geister der Vergangenheit«.⁵⁴

Gegen Ende seines Exils in London, in den Jahren 1943/44, widmete sich Herz einer letzten großen Aufgabe. Er entwarf eine Verfassung für das künftige Deutschland, die von den beiden politischen Idealen seines Lebens geprägt war: Demokratie und Sozialismus. Neben dem hinlänglich beschriebenen Modell des dezentralisierten Einheitsstaates auf der Basis der Selbstverwaltung entwickelte Herz ein sehr ausführliches Konzept zur Sozialisierung von »Grundbetrieben«, wie er es nannte. Dieser Entwurf wurde in der deutschen Exilszene in Großbritannien diskutiert; ob er aber auch von

54 Herz, Carl: Geister der Vergangenheit, Haifa 1951.

leitenden Stellen der Alliierten beachtet wurde, bleibt unklar. Herz behauptete, »leitende Grundsätze« seines Verfassungsentwurfs hätten bei der Abfassung des Potsdamer Abkommens eine Rolle gespielt. Wirklich beweiskräftige Nachweise fehlen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte Herz mit dem Gedanken, nach Berlin zurückzukehren. Er hegte seit seiner Zeit in der Berliner Bezirkspolitik den Traum, einmal Oberbürgermeister der Stadt zu werden. Doch die SPD, aus der er während der Auseinandersetzungen im Londoner Exil ausgetreten war, verweigerte ihm die Wiederaufnahme. Entscheidend für seinen Entschluss, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren, war letztlich der Wunsch seiner Frau. Carl und Else Herz (1882-1966) siedelten 1946 nach Palästina über, wohin bereits ein Sohn und eine Tochter emigriert waren. Auch dort begleitete er bis zu seinem Tod 1951 kritisch das politische Geschehen; den neugegründeten Staat Israel betrachtete er als Theokratie und hielt ihn letztlich für überflüssig. Er konnte sich überdies nicht vorstellen, dass die aus den verschiedensten Ländern und Kulturen stammende jüdische Bevölkerung jemals ein einheitliches Volk bilden würde.

Carl Herz vertrat mit großem Einsatz und Leidenschaft den Dualismus der Sozialdemokratie, Demokratie und Sozialismus, welche beide zusammenzuführen waren. Im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat vertrat er 1918/19 die Vorstellung von der Revolution als Zäsur und als Neuanfang. Er widmete sich der notwendigen und unmittelbar zu entwickelnden Neuformulierung einer Verfassung, die Elemente des Sozialismus mit der Demokratie vereinen sollte. Er erschuf eine Verfassung mit einer Architektur, die Räteverfassung und demokratische Prinzipien miteinander verbinden sollte, ebenso Idealismus mit Pragmatismus. Sie stieß in Hamburg auf großen Widerstand der Mehrheits-SPD.

Man darf den Gedanken wagen: Hätten mehr Sozialisten ähnlich gedacht wie die gemäßigte USPD und hätten sie sich durchsetzen können, hätte die Revolution womöglich erfolgreicher sein können. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte es vermutlich gutgeheißen.

